

8. SITZUNG DES GROSSEN GEMEINDERATES

DONNERSTAG, 29. JANUAR 2015

AMTSDAUER 2014-2018

AMTSJAHR 2014/2015

Die erste Sitzung im neuen Jahr – und bereits die achte der laufenden Amtsdauer – war auch zugleich die erste Sitzung des neuen Mitgliedes Erik Schmausser. Er nahm heute zum ersten Mal an den Verhandlungen des Grossen Gemeinderates teil und schloss damit nahtlos die Vakanz in der Fraktion der Grünliberalen Partei, die durch den Rücktritt von Ursula Bornhauser kurzzeitig entstanden ist. Ratspräsidentin Röögli hiess den neuen Parlamentarier in den Reihen des Rates willkommen – dieser nutzte die Gelegenheit, ein paar persönliche Worte an seine neue Kolleginnen und Kollegen zu richten. Im Rahmen der kurzen Grussbotschaft gewährte Erik Schmausser dabei dem Plenum einen kurzen Einblick in seine berufliche Tätigkeit und manifestierte darüber hinaus sogleich seine politischen Standpunkte – klare Verhältnisse!

Der Rat widmete sich als Erstes einer vermeintlichen Formalie. Nämlich einem [Antrag](#), mit welchem der Stadtrat beim Parlament um Erstreckung der Beantwortungsfrist eines Postulates ersuchte. Es handelt sich dabei um einen [Vorstoss](#), der durch den ehemaligen Gemeinderat Samuel Wüst, SP, verfasst und eingereicht wurde – lange bevor dieser die „Seiten wechselte“ und im Stadtrat Einsitz nahm. Damals, im Jahre 2011, „postulierte“ er, der Stadtrat möge einen alternativen Standort für die aus allen Nähten platzende Bibliothek Illnau prüfen. Gemeinhin war man schon damals der Ansicht, dass sich wohl die altbekannte Liegenschaft „Usterstrasse 23“ für einen solchen Standort gut eignen könnte. Auch dazumal war die Erkenntnis wohl nicht neu, dass sich dieses Vorhaben wohl eher zu einem schwierigen Unterfangen wandeln könnte, beschäftigte sich doch das Parlament auch zu jener Zeit bereits mit der Frage des Dorfplatzes, der anstelle der Hausnummer 23 zu liegen kommen soll.

Vier Jahre später: Die Liegenschaft „Usterstrasse 23“ erregt die Gemüter hüben wie drüben noch immer und beschäftigt momentan gar die Gerichtsinstanzen, nachdem der Stadtrat in Anerkennung des politischen [Mehrheitswillens](#) das Haus (oder in gewissen Fraktionen im Parlamentsjargon auch schon liebevoll als „Bruchbude“ bezeichnet) kürzlich aus dem entsprechenden Schutzinventar entlassen hatte. Vier Jahre später... – und der Vorstoss wurde noch immer nicht beantwortet. Geht das? Die gemeinderätliche [Geschäftsordnung](#) legt u.a. fest, wie lange sich der Stadtrat Zeit für die Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen ausbedingen darf. Für Postulate beträgt diese Frist ein Jahr. Kann der Stadtrat innert dieser zwölf Monate keine Antwort vorbringen, so hat er in einem Bericht darzulegen, welche Massnahmen er bereits unternommen hat, was er noch zu tun gedenkt und von welchen Faktoren die weitere Bearbeitung beeinflusst wird. Die Bewilligung in der Regel eine Formsache – was will man auch anderes tun, als solche Anträge durchzuwinken? Nicht in diesem Fall!

Da das Parlament die Frist zur Beantwortung bereits zwei Mal [verlängert](#) hat und der Stadtrat sich erlaubt, in dieser dritten Verlängerung gleich eine Erstreckung um zwei Jahre zu fordern, war das dann wohl doch zu viel des Guten. „Ein weiteres Jahr muss reichen!“, so das Verdikt des Parlamentes. „Der Stadtrat will abwarten, bis die Rechtslage geklärt und dann auf eine nachhaltige Lösung fokussiert werden kann.“, so Stadtrat André Bättig, FDP. Eine kürzlich formulierte Petition, setzt sich zudem für den Erhalt des Bibliotheken-Standesortes Illnau ein. Erhalt? „Der Stadtrat hat im Rahmen seines Sparpaketes nie beschlossen, den Standort aufzuheben. Es war lediglich von „Optimierungen“ die Rede. Der Stadtrat will den Anliegen der Petitionäre Rechnung tragen und eine gute Lösung finden“. Das kann angesichts der mahelnden Gerichtsmühlen wohl noch etwas dauern. So viel steht fest. Das letzte Kapitel in dieser Geschichte ist noch nicht geschrieben...

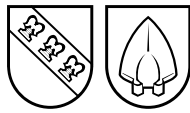
Kontaktperson

Marco Steiner
Direkt 052 354 24 16
marco.steiner@ilef.ch

Stadthaus

Märtplatz 29
Postfach
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 16
Fax 052 354 23 23
gemeinderat@ilef.ch
www.ilef.ch



Eine längere Diskussion führte der Grosse Gemeinderat zum [Antrag](#) des Stadtrates zur Änderung des städtischen Organisationsreglementes. Auch das: Ein vermeintlich technischer Vorgang. Weit gefehlt! Das [Organisationsreglement](#) konkretisiert die Ausführungen der [Gemeindeordnung](#) zur Organisation, definiert Bestand einzelner Kommissionen und Ressorts des Stadtrates und umreisst deren Aufgaben und Kompetenzen. Eine dieser Kommissionen kam bislang in der Gestalt der sogenannten „UNK“ – der Umwelt- und Naturschutzkommission – daher. Sie hat den Stadtrat und die Verwaltung (ohne eigene Entscheidungskompetenz) in Umwelt- und Naturschutzfragen beraten. Die Kommission erachtete ihren Auftrag (und damit verbundene Projekte) als erfüllt; auch der Stadtrat wollte bei der künftigen Beratung in Umwelt- und Naturschutzfragen neue Wege beschreiten. So schaffte er die „UNK“ in seiner ihm zustehenden eigenen Kompetenz ab – der Grosse Gemeinderat ist nun dafür zuständig, dass diese Streichung im Organisationsreglement nachvollzogen wird. Gegen diese Streichung leistete eine Minderheit der [vorberatenden](#) Geschäftsprüfungskommission Widerstand. Sie erachtete den Fortbestand des Gremiums als wichtig und sah hinter diesem Vorgang weit mehr, als nur den Nachvollzug eines Normerlasses.

„Wir schaffen nicht den Umweltschutz ab, sondern ändern lediglich Abläufe und Prozesse in diesem Bereich. Die Beratung in solchen Fragen (z.B. bei Projekten) wird durch beigezogene Experten und das Personal der Stadtverwaltung sichergestellt; der Stadtrat misst dem Umwelt- und Naturschutz nach wie vor hohe Bedeutsamkeit bei. Das Know-how kann aber auch auf andere Weise beschafft und sichergestellt werden“, so der zuständige Stadtrat Mathias Ottiger, SVP.

„Sie werden sich an meine Worte erinnern!“, mahnte Gemeinderat Andreas Hasler, GLP. „In Uster schaffte man die Umwelt- und Naturschutzkommission im Jahre 2002 ab, um sie 2014 wieder einzuführen; ich gebe Ihnen zwei Jahre – dann sprechen wir uns hier in selber Sache wieder“.

Nach einem verworfenen Rückweisungsantrag war die „UNK“ dann trotz aller Sympathievoten Geschichte.

Die weiteren Geschäfte beanspruchten wesentlich weniger Zeit der bloss 80 Minuten dauernden Sitzung.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, hielt das Schlusswort zu seiner [Interpellation](#), nachdem der Stadtrat die Verankerung einer kommunalen Schuldenbremse in der Gemeindeordnung in seiner [Antwort](#) weiterhin ablehnt. Er hält die bestehenden Plan- und Kontrollinstrumente für ausreichend. Das Thema scheint aber offenbar noch nicht vom Tisch! Mindestens möchte sich Michael Käppeli „mit einer gelassenen Portion Hartnäckigkeit“ weiterhin für die Gesundheit der städtischen Finanzen einsetzen.

Weiterhin setzte das Parlament eine [Umzonung](#) im Gebiet Längg-Ost Illnau ohne Gegenstimme fest, nachdem auch die [Geschäftsprüfungskommission](#) den stadträtlichen Antrag stützte.

Zuletzt begründete Fabian Molina, die Einreichung einer [Interpellation](#) der SP/JUSO-Fraktion zum Thema Mindereinnahmen. Diese sollen der Stadt durch abgeschaffte Steuerarten zum Nachteil erwachsen sein. Der Stadtrat wird die in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Fragen schriftlich beantworten.

Nächstes Mal trifft sich der Rat am 5. März. Dann sollen zwei zukunftsweisende Geschäfte beraten werden, zu denen das Stimmvolk im Juni an der Urne das letzte Wort haben wird: Der Zusammenschluss mit der Gemeinde Kyburg und das umfassende Geschäft zur Erweiterung der Schulanlage Hagen, Illnau.

Die ausführlichen Sitzungsunterlagen und weitere Informationen finden Sie unter <http://www.ilef.ch/stadtverwaltung/politik/grosser-gemeinderat/>